

Amtsblatt

Infektionsschutzgesetz (IfSG) und 7. Bayerische Infektionsschutzmaß- nahmenverordnung (7. BayIfSMV)

Festlegung der stark frequentierten öffentlichen Plätze gem. § 25a der 7. BayIfSMV für die Stadt Nürnberg

Die Stadt Nürnberg erlässt folgende

Allgemeinverfügung:

I. Die stark frequentierten öffentlichen Plätze werden sowohl hinsichtlich der **Maskenpflicht** (§ 25a Abs. 1 S. 2 Nr. 1 der 7. BayIfSMV) als auch hinsichtlich des **Alkoholkonsumverbots** (§ 25a Abs. 1 S. 2 Nr. 8 bzw. Abs. 2 S. 2 Nr. 4 der 7. BayIfSMV) für die Stadt Nürnberg wie folgt festgelegt (**siehe hierzu beiliegenden Plan, Seite 423**):

- Weißgerbergasse
- Weinmarkt
- Sebalder Platz
- Insel Schütt
- Ludwigstor
- Ludwigstraße
- Ludwigsplatz
- Hefnersplatz
- Jakobsplatz
- Josephsplatz
- Kaiserstraße
- Karolinenstraße
- Breite Gasse
- Pfannenschmiedsgasse
- Kornmarkt
- Hallplatz
- Königstraße
- Museumsbrücke
- Plobenhofstraße
- Hauptmarkt
- An der Fleischbrücke
- Lorenzer Platz
- Bahnhofplatz inkl. Königstorpas-
sage (unterirdische Wegeflächen im ersten
Untergeschoss des Bahnhofplatzes),
- Nelson-Mandela-Platz
- Aufseßplatz
- Kopernikusplatz

Diese Pflicht erstreckt sich auf den gesamten öffent-
lich zugänglichen Raum, also einschließlich der Geh-
steige bis zu den Hauswänden.

- II. Diese Allgemeinverfügung gilt gemäß Art. 41 Abs. 4 BayVwVfG am 17.10.2020 durch Veröf-
fentlichung im Sonderamtsblatt der Stadt Nürn-
berg, im Internet (www.nuernberg.de), in Rund-
funk und Presse als bekannt gegeben.
- III. Diese Allgemeinverfügung gilt ab Bekanntgabe
bis zum 25.10.2020, 24:00 Uhr.
- IV. Die Allgemeinverfügung der Stadt Nürnberg vom
14.10.2020 zu Maßnahmen aufgrund Überschrei-
tung des Signalwerts für die 7-Tage-Inzidenz wird
mit sofortiger Wirkung widerrufen.

Gründe:

I. Sachverhalt

Mit Verordnung vom 16.10.2020 hat das Bayerische
Staatsministerium für Gesundheit und Pflege die 7.
BayIfSMV mit Inkrafttreten zum 17.10.2020 geän-
dert.

Im Wesentlichen wurden im neu gefassten § 25a der
Verordnung Maßnahmen festgelegt, die in Gebieten
mit einer 7-Tages-Inzidenz größer 35 (Abs. 1) bzw.
größer 50 (Abs. 2) unmittelbar gelten. Die zustän-
digen Kreisverwaltungsbehörden haben hinsicht-
lich der angeordneten Maskenpflicht (Abs. 1 S. 2 Nr. 1)
sowie des Alkoholkonsumverbots (Abs. 1 S. 2 Nr. 8
bzw. Abs. 2 S. 2 Nr. 4) die stark frequentierten öf-
fentlichen Plätze, auf denen die Maßnahmen gelten
sollen, festzulegen.

II. Begründung

1. Die Stadt Nürnberg ist für den Erlass dieser Allge-
meinverfügung sachlich und örtlich zuständig (§
28 Abs. 1 IfSG i.V.m. § 25 Abs. 1 und Abs. 3 7.
BayIfSMV und § 65 Satz 1 Zuständigkeitsverord-
nung - ZustV); Art. 3 Abs. 1 Nr. 1 Bayerisches Ver-
waltungsverfahrensgesetz - BayVwVfG).
2. Rechtsgrundlage für die Anordnungen der Ziffer I.
ist § 25a BayIfSMV.
3. Die Festlegungen der unter Ziffer I. genannten
Örtlichkeiten werden im pflichtgemäßen Eingriffs-
und Auswahlermessen erlassen. Sie sind geeignet,
erforderlich und angemessen, die Gefahr der un-
kontrollierten Weiterentwicklung des Infektions-
geschehens in Nürnberg zu verhindern.

Eine örtlich engere Eingrenzung würde den Zweck
der Maßnahme nicht gleich gut erfüllen. Die ge-
nannten Flächen, auf denen die Regelungen gel-
ten, sind genau der Umgriff im öffentlichen Raum,
in welchem erfahrungsgemäß der Mindestabstand

von 1,5 m nicht durchgehend eingehalten wird.
Die Bereiche weisen eine Vielzahl von Geschäften,
Gastronomiebetrieben etc. auf. Der Bereich wird
daher neben von den dort beschäftigten Personen
auch von Besuchern (inklusive der Partyszene) und
Touristen stark frequentiert, die für eine über-
durchschnittlich stark besuchte Innenstadt sorgen.
Der genannte Bereich lädt auch zum Verweilen
ein.

4. Sofortige Vollziehung

Die Festlegungen nach Ziffer I. sind gemäß § 28
Abs. 3 IfSG i.V.m. § 16 Abs. 8 IfSG kraft Gesetzes
sofort vollziehbar.

5. Widerruf der Allgemeinverfügung vom 14.10.2020

Rechtsgrundlage des Widerrufs der Allgemeinver-
fügung vom 14.10.2020 zu Maßnahmen aufgrund
Überschreitung des Signalwerts für die 7-Tage-In-
zidenz ist Art. 49 Abs. 1 BayVwVfG. Die Stadt
Nürnberg ist als Ausgangsbehörde auch für den
Widerruf der Allgemeinverfügung sachlich und
örtlich zuständig.

6. Ortsübliche Bekanntgabe

Nach Art. 41 Abs. 4 Satz 3 BayVwVfG gilt bei der
öffentlichen Bekanntgabe eines schriftlichen Ver-
waltungsaktes dieser zwei Wochen nach der orts-
üblichen Bekanntmachung als bekannt gegeben.
Um ein weiteres Ansteigen der Infektionszahlen
zeitnah zu verhindern, wurde von der Möglichkeit
des Art. 41 Abs. 4 Satz 4 BayVwVfG Gebrauch ge-
macht und ein früheres Bekanntgabedatum ge-
wählt. Gemäß Art. 41 Abs. 3 Satz 2, Abs. 4 Satz 1
und 2 BayVwVfG i. V. m. Art. 51 Abs. 3 Satz 1 des
Bayerischen Landesstraf- und Verordnungsge-
setzes (LStVG) analog wird diese Allgemeinverfü-
gung durch Veröffentlichung im Sonderamtsblatt
der Stadt Nürnberg, in Rundfunk, Presse und dem
Internet (www.nuernberg.de) bekannt gegeben.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats
nach seiner Bekanntgabe Klage erhoben werden bei dem

Bayerischen Verwaltungsgericht Ansbach,
Postfachanschrift: Postfach 616, 91511 Ansbach,
Hausanschrift: Promenade 24 – 28, 91522 Ansbach,

schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch in ei-
ner für den Schriftformersatz zugelassenen Form.

Hinweise:

Rechtsbehelfe gegen diese Anordnung nach § 28 Satz 2 und 1 IfSG haben keine aufschiebende Wirkung (§ 28 Abs. 3 i.V.m. § 16 Abs. 8 Infektionsschutzgesetz – IfSG -)

gez.
Walthelm
Referentin für Umwelt und Gesundheit

Inhalt

Seite

Allgemeinverfügung – Infektionsschutzgesetz 421

Amtliche Bekanntmachungen der Stadt Nürnberg

